



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) begrüsst die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, die Besucherinnen und Besucher sowie die Medienschaffenden zur dritten Sitzung des Jahres 2018.

Am heutigen Abend gebe es personelle Änderungen zu vermelden:

- Carole Howald ersetze den per 30. April 2018 aus dem Stadtrat ausgetretenen Lukas Bissegger (JL). Carole Howald sei ihm persönlich als die Tochter des langjährigen Burgerratspräsidenten Langenthals bekannt. Allen sei sie bestimmt als eine Spitzensportlerin bekannt, die eigenartige Steine auf eisigen Bahnen herumschiebe. Curling verlange nach Präzision, was im Stadtrat oftmals auch gefragt sei.
- Andri Lehmann ersetze die per Ende März 2018 aus dem Stadtrat zurückgetretene Annina Eichenberger (GL). Andri Lehmann gehöre der "Partei" an, die beinahe die Mehrheit in der SP/GL-Fraktion stelle – nämlich die der Parteilosen.

Das Protokoll der Stadtratssitzung am 26. März 2018 sei vorliegend und via Homepage der Stadt Langenthal¹ einsehbar. Mit dem Dank an die an der Verfassung des Protokolls Mitwirkenden, werde der Protokollführung nun das Wort für den **Appell** zur heutigen Sitzung erteilt:

- 38 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
 - 2 Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe seien vorschriftsgemäss erfolgt und Wortbegehren zur Traktandenliste seien keine zu vermerken.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ <https://secure.i-web.ch/gemweb/langenthal/de/verwaltung/publikationen/?action=info&pubid=152956>



1. **Interunido: Hausbesuchsprogramm "schritt:weise" (Förderprogramm für 1 - 5 jährige Kinder und ihre Eltern); definitive Einführung unter Vorbehalt der jeweiligen Mitfinanzierung durch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern; Projektgenehmigung und Kreditbewilligung**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Der gemeinderätliche Bericht vom 4. April 2018 inklusive Beilage liege in schriftlicher Form vor. Die Berichterstattung des Gemeinderats zum Geschäft erfolge durch Gemeinderat Michael Witschi (FDP), Ressortvorsteher Sozialwesen, Altersfragen und Gesundheit.

Gemeinderat Michael Witschi (FDP): Das Förderprogramm "schritt:weise" lasse sich als eine von der Stadt geleistete Investition zur Integration von Migrationsfamilien betrachten. Das Programm basiere auf drei Säulen: den Kindern, den Müttern dieser Kinder und auch den Personen mit eigenem Migrationshintergrund, die für dieses Programm arbeiten und die entsprechenden Familien aufsuchen.

Das auf einem niederländischen System basierende Programm, welches von der Organisation a:primo übersetzt und angepasst worden sei, habe ihn persönlich überzeugt, obschon er darauf angesprochen worden sei, dass das Programm recht teuer sei und deshalb nicht gekauft werden sollte. Auf die ebenfalls an ihn gerichtete Frage, ob es keine anderen Alternativen gebe, laute seine Antwort, dass es ausser dem Programm der Organisation a:primo, die sich eine gute Marktstellung erarbeitet habe, momentan keine Alternativen gebe, die als valabel angeschaut werden könnten.

Als Ressortvorsteher Sozialwesen habe er jeweils die Rechnungen für die Platzierung von Kindern zu unterzeichnen. Eine Platzierung koste im Durchschnitt Fr. 8'000.00 pro Monat. Wenn mit "schritt:weise" (Kosten Fr. 75'000.00 pro Jahr für 20 Familien) alle 2 Jahre eine Platzierung, die im Durchschnitt etwa drei Jahre dauere und rund Fr. 300'000.00 koste, verhindert werden könne, ergebe sich ein Return on Investment von 100%.

Die Rückmeldungen von Kindergärtnerinnen, die befragt worden seien, ob eine Wirkung von "schritt:weise" bei geförderten Kindern bemerkbar sei, seien positiv ausgefallen. Beispiele: Die Eltern von "schritt:weise" geförderten Kindern seien besser vorbereitet, wenn es um Einschulungsfragen gehe. Die Kinder würden dadurch nicht mehr nur elektronische Medien sehen. Etc.

GPK-Mitglied Bernhard Marti (SP): Gemeinderat Michael Witschi habe die Geschäftsprüfungskommission auf entsprechende Anfrage hin informiert, dass der Gemeinderat den von der Finanzkommission am 6. März 2018 gestellten Forderungen – wonach die Stadt detaillierter über die Zahlungsflüsse zu informieren sei und, dass von der Stadt nur eine Defizitgarantie für die effektiv nachgewiesenen Kosten geleistet werden soll – nachgekommen sei, indem der im Bericht und Antrag des Sozialamtes formulierte Beschlussesentwurf dem Stadtrat heute – um entsprechende Textstellen ergänzt – zur Genehmigung vorliege. Die Geschäftsprüfungskommission sei auch informiert worden, dass sich die vom Verein a:primo durchgeführte Programmevaluation auf Langenthal und nicht auf die ganze Region beziehe. Weiter habe die Geschäftsprüfungskommission die wegfallenden Beiträge anderer Stiftungen (Roger Federer Foundation etc.) angesprochen und mitgeteilt erhalten, dass davon auszugehen sei, dass entsprechende Versuche unternommen worden seien, um die Beiträge weiterhin ausgerichtet zu erhalten.

Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit der Vorlage einstimmig festgestellt.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung am Montag, 14. Mai 2018

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Eltern zu zeigen, wie schön es wäre, wenn sie mit ihren Kindern spielen würden, gehöre nicht zu den Aufgaben der Stadt Langenthal. Auch gehöre es nicht zu den Aufgaben der Stadt Langenthal, Eltern zu zeigen, wie interessant und bereichernd es sein könnte, wenn sie ihren Kindern zuhören oder ihnen Geschichten erzählen würden. Mit dieser Aussage habe er bereits sein Votum an der Stadtratssitzung am 18. November 2013 eingeleitet, als erstmals über das Programm "schritt:weise" diskutiert worden sei.

In seinen damaligen weiteren Ausführungen habe er aber auch gesagt, dass es heutzutage eben nicht mehr so einfach sei und, dass die Thematik weitgehender Überlegungen bedürfe. Gemeinderat Michael Witschi habe heute Abend bereits angetönt, welche Kosten allenfalls auf das Gemeinwesen zukommen könnten, wenn diese Sache, die nicht als eine Aufgabe des Gemeinwesens verstanden werde, nicht angegangen werde. Weiter habe er vor 4 1/2 Jahren gesagt, dass das Programm aufgrund einer Gesamtbetrachtung von der FDP/jll/BDP-Fraktion in der Hoffnung unterstützt werde, dass sich damit spätere und höhere Kosten wirklich vermeiden lassen. Von der FDP/jll/BDP-Fraktion sei diese Haltung auch im Jahre 2016 eingenommen worden, als es um die Verlängerung des Programms gegangen sei.

Die heutige FDP/jll-Fraktion vertrete diese Haltung weiterhin und unterstütze das Programm "schritt:weise", über welches nun zum dritten Mal beraten wird, wolle aber, dass die Unterstützung schrittweise und nicht unbefristet geschehe. Zudem möchte die FDP/jll-Fraktion auch nicht, dass die Unterstützung mit einem um die Hälfte erhöhten Beitrag geleistet wird. Bis anhin habe ein Durchgang (18 Monate) Fr. 75'000.00 gekostet, womit sich die Kosten pro Jahr auf Fr. 50'000.00 belaufen haben. In Zukunft würden pro Jahr Kosten von Fr. 75'000.00 anfallen.

Aus Sicht der FDP/jll-Fraktion sei es nicht richtig, wenn im Prinzip das anfänglich vom Verein BIO gestellte Anliegen, welches von der Geschäftsstelle Interunido umgesetzt werde, plötzlich und praktisch zu 100% von der öffentlichen Hand getragen werden soll, da was nicht von der Stadt bezahlt werde, vom Kanton bezahlt werde, weil die private Finanzierung, für die anfänglich mit entsprechendem Engagement gesorgt worden sei, nun ganz weg falle. Aus diesem Grund stelle die FDP/jll-Fraktion gemeinsam mit der SVP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates folgenden **Antrag** entgegen:

Antrag GR

1. Das Angebot des Hausbesuchsprogramms "schritt:weise", (...), wird für Langenthaler Familien, dauerhaft unterstützt.
2. Der Stadtrat stimmt – (...) – dem Beitrag von maximal jährlich Fr. 75'000.00 an den Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau (BIO) (...) zu, wobei (...).
3. Für das Vorhaben wird ein Nachkredit in der Höhe von Fr. 37'500.00 (...), bewilligt. Für 2019 wird ein Betrag von Fr. 75'000.00 in die Budgets der Erfolgsrechnung eingestellt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Antrag FDP/jll + SVP-Fraktion

1. Das Angebot des Hausbesuchsprogramms "schritt:weise", (...), wird für Langenthaler Familien **für die Zeit vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2021** unterstützt.
2. Der Stadtrat stimmt – (...) – dem Beitrag von maximal **Fr. 25'000.00 für das zweite Halbjahr 2018, je maximal Fr. 50'000.00 für die Jahre 2019 und 2020 sowie maximal Fr. 25'000.00 für das erste Halbjahr 2021** an den Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau (BIO) (...) zu, wobei (...).
3. Für das Vorhaben wird ein Nachkredit in der Höhe von **Fr. 25'000.00** (...) bewilligt. Für **die Jahre 2019 und 2020** wird ein Betrag von **Fr. 50'000.00 und für das Jahr 2021 ein Betrag Fr. 25'000.00** in die Budgets der Erfolgsrechnung eingestellt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung am Montag, 14. Mai 2018

In Abweichung zum Antrag des Gemeinderates, werde mit der Änderung der Ziffer 1 eine Befristung der Kreditbewilligung beantragt, weil das Parlament auch weiterhin schauen können muss, wie sich das Programm entwickle, um entscheiden zu können, ob das Programm weitergeführt werden soll oder nicht. Die FDP/jll-Fraktion und die SVP-Fraktion möchten sich diese Kompetenz nicht nehmen lassen.

Weil es aber kaum sinnvoll wäre, die Befristung auf einen Durchgang (18 Monate) zu beschränken, werde beantragt, die Unterstützung auf 3 Jahre und damit für zwei Durchgänge à 18 Monate zu befristen, bevor im Stadtrat wieder darüber gesprochen werde, ob das Programm weitergeführt werden wolle oder nicht.

Von der FDP/jll-Fraktion und der SVP-Fraktion werde die Meinung vertreten, dass Langenthal gleich viel zum Programm beisteuern soll wie bis anhin (Fr. 50'000.00 pro Jahr) und dies zudem in der Erwartung, dass die Trägerschaft des Programms auch weiterhin nach privaten Geldgebern suche, die das Programm ebenfalls unterstützen, wie dies in der Vergangenheit auch der Fall gewesen sei (beispielsweise Migros-Kulturprozent, Roger Federer Foundation etc.). Wenn alle Kosten von der öffentlichen Hand bezahlt werden, sei es natürlich klar, dass private Geldgeber keinen Anlass mehr sehen, einen Beitrag zu leisten. Die FDP/jll-Fraktion und die SVP-Fraktion wollen, dass weiterhin ein Zusammenspiel der öffentlichen Finanzierung und der privaten Finanzierung stattfinde. Demgemäss und entgegen des Antrags des Gemeinderates (Ziffer 2) werde erwartet, dass die fehlenden Fr. 25'000.00 nicht von der Stadt, sondern von privaten Geldgebern aufgebracht werden, damit das Programm trotzdem im gleichen Umfang (20 Langenthaler Familien) weitergeführt werden könne. Unter diesen Voraussetzungen seien die FDP/jll-Fraktion und die SVP-Fraktion bereit, das Programm weiterhin zu finanzieren.

Die rot markierten Änderungen in Ziffer 3 des Änderungsantrages seien lediglich die logische Folge, die sich aus den beantragten Änderungen in den Ziffern 1 und 2 ergebe (Anpassung der Beträge im Budget).

Namens der FDP/jll-Fraktion und der SVP-Fraktion bitte er um Unterstützung des Änderungsantrages, welcher einen Kompromissvorschlag darstelle. Es habe bisher immer Diskussionen gegeben, weil ein Teil des Rates der Meinung sei, dass die Unterstützung des Förderungsprogrammes nichts bringe und dessen Wirkung nicht messbar sei, womit die dafür notwendigen Mittel aus dem Fenster hinaus geworfenes Geld seien. Mit dem vorliegenden Änderungsantrag lasse sich ein salomonischer Kompromiss finden, der es erlaube, das Programm weiterzuführen.

EVP/glp-Fraktion, Renate Niklaus-Lanz (glp): Das Programm "schritt:weise" packe das Problem aus Sicht der EVP/glp-Fraktion wirklich an den Wurzeln. Die Betreuung finde im Zuhause der Familien statt, womit nicht nur die teilnehmenden Kinder, sondern auch deren Eltern – vorwiegend die Mütter – erreicht werden können, die sich mit anderen Programmen nicht so erreichen lassen. Da die geschulten Laienhelferinnen mit eigenem Migrationshintergrund eine grosse Akzeptanz in den Familien geniessen, sei es diesen wirklich möglich, an der Basis zu arbeiten. Nebst anderem werde nicht nur die Sprachkompetenz der Kinder, sondern auch die Sprachkompetenz deren Eltern verbessert.

Die EVP/glp-Fraktion finde die vom Gemeinderat beantragte Finanzierung als sehr gut angelegt, weil sich damit längerfristig Geld sparen lasse. Gemeinderat Michael Witschi habe die Folgekosten von angeordneten Kinderschutzmassnahmen erwähnt. Die Kosten für die Platzierung von Kindern seien immens. Aus diesem Grund erachte die EVP/glp-Fraktion den Betrag von Fr. 75'000.00 für die Förderung von 20 Familien (Fr. 3'750.00 pro Familie) nicht als grossen Betrag, wenn verglichen werde, was die Fremdplatzierung von Kindern koste.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates und teile auch die Meinung, dass über die Thematik keine weitere Abstimmung mehr notwendig sei, indem am heutigen Abend die definitive Einführung des Programms beschlossen werde.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Die SVP-Fraktion habe eine eingehende und kontroverse Diskussion zur Vorlage geführt. Mit Stadtrat Daniel Bösiger (Schulleiter) befinde sich eine Person in der SVP-Fraktion, die sich sehr nahe am Thema befinde und abhängig von der heutigen Beschlussfassung, zu den eigentlich Leidtragenden gehören könne.



Gemäss Gemeinderat Michael Witschi handle es sich beim gekauften Programm zwar um ein teures aber sehr gut positioniertes Programm, neben dem es keine valablen Alternativen gebe. Der Äusserung von Gemeinderat Michael Witschi halte er persönlich entgegen, dass es sich somit nicht um ein gut positioniertes Programm handle, sondern, dass es sich lediglich um ein teures Programm handle, neben welchem es offenbar keine Alternativen gebe. Dass dem so sein soll, werfe die Frage auf, ob dies allenfalls auf Kostengründe (Rendite) oder auf ein mangelndes Interesse am Thema zurückzuführen sei.

Die SVP-Fraktion spreche sich nicht gegen die Förderung an sich aus, sondern störe sich an der Kostenverteilung und den aufgeführten Löhnen, die im Übrigen einen guten Stundenlohn ergeben. Wo genau die Kosten hinverteilt werden und wie hoch welcher Lohn sei, sei nicht definitiv klar. Die SVP-Fraktion finde es fraglich, etwas zu fördern, ohne dafür von den Eltern etwas Konkretes zurückfordern zu können. Wie Stadtrat Pascal Dietrich bereits erwähnt habe, sei auch er persönlich der Meinung, dass es nicht zu den Aufgaben der Stadt gehöre, den Eltern sagen zu müssen, wie sie ihren Kindern zuhören sollen.

Mit der vom Gemeinderat beantragten dauerhaften Unterstützung würde ein Blankoscheck ausgefüllt, was die SVP-Fraktion nicht wolle. Aus diesem Grund sei auch die SVP-Fraktion eine Mitverfasserin des von Stadtrat Pascal Dietrich gestellten Antrages. Die SVP-Fraktion wolle es offen lassen, später wieder über das Programm und dessen Wirkung sowie die Finanzierung diskutieren zu können.

SP/GL-Fraktion, Martina Marti-Moser (SP): Auf der Homepage von a:primo sei folgendes Zitat des bürgerlichen Bundesrats Ignazio Cassis zu lesen: *"Startchancengleichheit ist ein zentrales Ziel des Liberalismus. Als Freisinniger fordere ich gleiche Aufstiegschancen für alle. Deshalb unterstütze ich a:primo, damit jedes Kind sein Potential bestmöglich entfalten kann"*. Die Unterstützung der von Bundesrat Ignazio Cassis erwähnten Punkte gehöre auch ihrer Ansicht nach zu den Aufgaben der öffentlichen Hand. Das Programm "schritt:weise" sei ein sehr wichtiges Instrument, um die Startchancengleichheit zu erreichen. Das Frühförderungsprogramm ziele deshalb auf die 1 – 5-jährigen Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien ab. Damit soll schon am Start deren Lebens der Grundstein für gleiche Aufstiegschancen gelegt werden. Primär soll die Eigenverantwortung der Familie gestärkt werden. Die Eigenverantwortung sei eine Ressource, die nicht zuletzt die Kinder auf dem weiteren Lebensweg begleite werde, was vor allem und speziell für die bürgerliche Seite ja recht angenehm sein könne.

Ausser dem Bundesrat habe auch die Stadt Langenthal allen Grund, hinter der Organisation a:primo und somit indirekt auch hinter dem Projekt "schritt:weise" zu stehen. Über mehrere Jahre gesammelte Erfahrungen zeigen, dass die teilnehmenden Kinder eine bessere Motorik, ein grösseres Ausmass an alltagspraktischer Erfahrung und vor allem bessere Deutschkenntnisse vorweisen. Das Programm habe damit nicht nur mit "spielen" zu tun.

Das Programm erreiche schweizweit an rund 26 Standorten – auch in Langenthal – mit Erfolg das Zielpublikum. Auch wenn das Frühförderungsprogramm ab jetzt jährlich seinen Preis (Fr. 75'000.00) habe, sei bekannt, was man dafür bekomme. Durch die bereits in den vergangenen Jahren geleisteten finanziellen Unterstützungen, sei das bereits erkannt und auch bekundet worden. Sie persönlich sei der Ansicht, dass das Programm kompromisslos unterstützt werden soll.

Bezüglich des Antrags der FDP/jll- und der SVP-Fraktion stelle sich der SP/GL-Fraktion die Frage nach dem Subsidiaritätsprinzip bzw., ob der Kanton seine Beiträge auch kürze, wenn die Stadt weniger Geld spreche. Dass die Chancengleichheit etwas sei, das sich parteizugehörige sowie parteilose Mitglieder der SP/GL-Fraktion schon seit jeher auf die Fahne geschrieben haben, sei bekannt. Scheinbar sei es aber auch ein zentrales Ziel des Liberalismus, was besonders erfreulich sei. In diesem Sinne hoffe sie, dass das zentrale Ziel kompromisslos unterstützt werde.

Der Antrag der FDP/jll- und der SVP-Fraktion werde – soweit ihr bekannt sei – von der SP/GL-Fraktion nicht unterstützt. Die SP/GL-Fraktion werde dem Beschlussesantrag des Gemeinderats einstimmig folgen.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung am Montag, 14. Mai 2018

Stadratspräsident Urs Zurlinden (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortbegehren gestellt werden. Mit dem Hinweis, vor der Schlussabstimmung zuerst der Antrag der FDP/jll- und der SVP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates gegenübergestellt auszumitteln, bittet er um Abgabe der Stimme:

Antrag GR

1. Das Angebot des Hausbesuchsprogramms "schritt:weise", (...), wird für Langenthaler Familien, dauerhaft unterstützt.
2. Der Stadtrat stimmt – (...) – dem Beitrag von maximal jährlich Fr. 75'000.00 an den Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau (BIO) (...) zu, wobei (...).
3. Für das Vorhaben wird ein Nachkredit in der Höhe von Fr. 37'500.00 (...), bewilligt.
Für 2019 wird ein Betrag von Fr. 75'000.00 in die Budgets der Erfolgsrechnung eingestellt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Antrag FDP/jll + SVP-Fraktion

1. Das Angebot des Hausbesuchsprogramms "schritt:weise", (...), wird für Langenthaler Familien **für die Zeit vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2021** unterstützt.
2. Der Stadtrat stimmt – (...) – dem Beitrag von maximal **Fr. 25'000.00 für das zweite Halbjahr 2018, je maximal Fr. 50'000.00 für die Jahre 2019 und 2020 sowie maximal Fr. 25'000.00 für das erste Halbjahr 2021** an den Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau (BIO) (...) zu, wobei (...).
3. Für das Vorhaben wird ein Nachkredit in der Höhe von **Fr. 25'000.00** (...) bewilligt. Für **die Jahre 2019 und 2020** wird ein Betrag von **Fr. 50'000.00 und für das Jahr 2021 ein Betrag Fr. 25'000.00** in die Budgets der Erfolgsrechnung eingestellt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Antrag der FDP/jll- und der SVP-Fraktion:	20 Stimmen	angenommen
Antrag des Gemeinderates:	18 Stimmen	
Enthaltungen:	0 Stimmen	



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung am Montag, 14. Mai 2018

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst – **unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen (Bereinigung)** – mit 30 Stimmen Ja gegen 8 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):
 1. Das Angebot des Hausbesuchsprogramms "schritt:weise", ein Programm zur frühen Förderung von 1- bis 5-jährigen Kindern mit ihren Eltern, wird für Langenthaler Familien für **die Zeit vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2021** unterstützt.
 2. Der Stadtrat stimmt – unter Vorbehalt der Mitfinanzierung durch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern und unter Berücksichtigung der effektiven, ausgewiesenen Kosten – dem Beitrag von maximal **Fr. 25'000.00 für das zweite Halbjahr 2018, je maximal Fr. 50'000.00 für die Jahre 2019 und 2020 sowie maximal Fr. 25'000.00 für das erste Halbjahr 2021** an den Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau (BIO) mit der Geschäftsstelle "Interunido" zur finanziellen Unterstützung von "schritt:weise" zu, wobei alle Akten, die der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern als Reporting für die Wirkungskontrolle zugestellt werden, ebenfalls dem Finanzamt der Stadt Langenthal zuzustellen sind.
 3. Für das Vorhaben wird ein Nachkredit in der Höhe von **Fr. 25'000.00** zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018, Konto Nr. 5370.3636.18 ("Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau"), bewilligt. **Für die Jahre 2019 und 2020** wird ein Betrag von **Fr. 50'000.00** und **für das Jahr 2021 ein Betrag von Fr. 25'000.00** in die Budgets der Erfolgsrechnung eingestellt.
 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. **Städtischer Werkhof: Anschaffung eines neuen Kommunalgeräteträgers; Genehmigung; Bewilligung eines Verpflichtungskredites zu Lasten der Investitionsrechnung**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Der gemeinderätliche Bericht vom 28. März 2018 inklusive Beilage liege in schriftlicher Form vor. Die Berichterstattung des Gemeinderats zum Geschäft erfolge durch den Stadtpräsidenten Reto Müller (SP), Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Im Werkhof werde ein neues Fahrzeug gebraucht, womit sich das vorliegende Geschäft einfach begründen lasse. Die Höhe des Investitionskredits zur Anschaffung liege mit Fr. 164'000.00 in der Kompetenz des Stadtrats. Das Gefährt werde über die nächsten 10 Jahre linear abgeschrieben. Es soll das bisherige Allzweckfahrzeug BU200 für den Sommer- und insbesondere auch für den Winterdienst ersetzen, welches nach 11 Jahren im Einsatz und nach zahlreichen Reparaturen plus dem Konkurs der damaligen Herstellerin das Zeitliche – wohl eher früher als später – segnen werde.

Für die Wiederbeschaffung sei eine vorgängige Variantenprüfung durchgeführt worden, weil die sogenannten Kommunalgeräteträger Spezialfahrzeuge seien, die nur in sehr geringen Mengen hergestellt werden, womit sie auch entsprechend teuer seien. Dem Bericht und Antrag könne entnommen werden, dass sowohl die Variante Traktor als auch die Variante Jeep als Ersatz geprüft worden sei. Letztendlich seien diese Varianten aus Praktikabilitäts- und auch aus Kostengründen aber verworfen worden. Die Prüfung habe zum Schluss geführt, dass als Ersatz für den Kommunalgeräteträger nur ein Kommunalgeräteträger in Frage komme. Ob in diesem Sektor Fahrzeuge mit alternativem Antrieb vorhanden wären, sei ebenfalls vorgeprüft worden. Da es für Kommunalgeräteträger in der benötigten Grösse und Ausstattung ebenfalls kein Angebot mit Alternativantrieben (beispielsweise Elektroantrieb) gebe, sei diese Anforderung nicht mehr gesondert in die durchgeführte Submission eingeflossen.

Um die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft des sehr guten Werkhofteams – was an dieser Stelle auch einmal lobend zu erwähnen sei – nicht zu beschränken, sondern zu fördern, beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat, der Anschaffung eines neuen Kommunalgeräteträgers zuzustimmen und den Verpflichtungskredit zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

GPK-Mitglied Roland Loser (SP): Die Geschäftsprüfungskommission habe drei Fragen zum vorliegenden Geschäft gestellt, die alle beantwortet worden seien.

- Auf die Frage, weshalb die Finanzkommission in einem ersten Durchgang keinen Einblick in die Submissionsunterlagen erhalten habe, sei zur Antwort gegeben worden, dass es grundsätzlich vermieden werde, diese Unterlagen vorzulegen, weil in diesen Dokumenten und den Eingaben jeweiliger Firmen einerseits auch Geschäftsgeheimnisse enthalten seien, und weil es andererseits nicht zu den Aufgaben der Finanzkommission gehöre, sich um die inhaltlichen Punkte zu kümmern, sondern sich primär mit den finanziellen Belangen der Vorlage auseinanderzusetzen.
- Die Frage, welche Abschreibungsdauer HRM2 für einen solchen Kommunalgeräteträger vorschreibe, sei beantwortet worden, dass diese 10 Jahre betrage.
- Auch die Frage, weshalb Alternativantriebe in den Unterlagen überhaupt erwähnt seien, obwohl von Anfang an eigentlich ein Diesel betriebenes Fahrzeug ausgeschrieben sei, sei thematisiert worden. Die Antwort darauf laute, in Zukunft diese Formulierung zu vermeiden.

Die Geschäftsprüfungskommission habe ansonsten nichts zu beanstanden gehabt und stelle die formelle Richtigkeit des Geschäfts fest.



SVP-Fraktion, Lars Schlapbach (SVP): Das Gerät müsse klarerweise ersetzt werden, weil es an die Grenze seiner Lebensdauer gestossen sei. Dass die Lieferfirma pleite gemacht habe, wodurch die entsprechenden Ersatzteile nicht mehr lieferbar seien, sei unschön.

Auch die SVP-Fraktion habe sich mit alternativen Antriebsmöglichkeiten auseinandergesetzt, welche es leider in diesem Kommunalfahrzeugbereich aber nicht gebe, weshalb sich der Kauf eines dieselbetriebenen Fahrzeuges aufdränge.

Nach Ansicht der SVP-Fraktion sollte bei der Anschaffung ein entsprechendes Gewicht darauf gelegt werden, dass die Lebensdauer des neuen Fahrzeuges länger als 10 Jahre betragen werde. Wichtig sei auch, dass sich die vorhandenen Geräte (Schneepflug etc.), auch an das neue Fahrzeug ankoppeln lassen, was mit dem beantragten Fahrzeug möglich sei.

Die SVP-Fraktion sei eigentlich einstimmig der Meinung, der Anschaffung zuzustimmen und den dafür notwendigen Investitionskredit zu bewilligen.

EVP/glp-Fraktion, Jürg Schenk (EVP): Die EVP/glp-Fraktion finde es etwas störend, dass die im Submissionsverfahren erfolgte Punkteverteilung für einen Laien nicht nachvollziehbar sei. Er persönlich hoffe, dass für die Wahl der Marke nicht auch noch Punkte vergeben worden seien, ansonsten es allenfalls billigere Varianten gegeben hätte. Abzuwarten sei, ob der grosse Betrag von Fr. 164'000.00 in 10 – 15 Jahren vielleicht ausreiche, um nebst einem Traktor auch noch ein Fahrrad anzuschaffen.

Die Fähigkeiten der städtischen Angestellten, die die Anschaffung des Geräts befürworten, werden von der EVP/glp-Fraktion nicht in Frage gestellt. Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Geschäft zu.

SP/GL-Fraktion, Serge Wüthrich (GL): Der Ersatz des Gerätes sei für die SP/GL-Fraktion kein so grosses Thema, da die Überzeugung herrsche, dass die Wahl auf ein gutes Fahrzeug gefallen sei. Nichtsdestotrotz vermöge es aber zu erstaunen, dass es scheinbar kein Fahrzeug mit Alternativantrieb in einer Ausführung gebe, das sich im urbanen Raum einsetzen lasse. Wenngleich die SP/GL-Fraktion glaube, dass dieser Punkt seriös abgeklärt worden sei, ergehe an dieser Stelle trotzdem der Hinweis und die Aufforderung, weiterhin sehr genau hinzuschauen, ob es nicht andere Möglichkeiten gebe, als ein Fahrzeug mit Dieselantrieb im städtischen Raum zu nutzen.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Der Anschaffung eines neuen Kommunalgeräteträgers wird zugestimmt.**
2. **Der hierfür erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 164'000.00 (inkl. MwSt.) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 3050.5060.19, bewilligt.**
3. **Die Einnahmen aus der Veräusserung des 11-jährigen Bucher BU 200 werden der Investitionsrechnung, Konto Nr. 3050.6060.19 ("Verkauf Bucher BU 200"), gutgeschrieben.**
4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. **Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für den per 21. Februar 2018 zurückgetretenen Schaller Albert [SVP], Rentner)**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Die SVP-Fraktion schläge Herrn Lüthi Stephan Ernst (SVP), Bereichsleiter Stv. Planung + Einsatz Berufsfeuerwehr Bern, als neues Mitglied in die Kommission für öffentliche Sicherheit vor.

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

Lüthi Stephan Ernst (SVP), Bereichsleiter Stv. Planung + Einsatz Berufsfeuerwehr Bern, wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2020 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



4. **Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2017: Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark** (am 11. September 2017 [Teil B Neugestaltung Kinderspielpark Tierpark] als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt); **Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 34a Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Mit Bericht des Gemeinderates vom 4. April 2018 inklusive der darin erwähnten Beilage (Bericht des Stadtbauamtes vom 27. März 2018) sei die gemeinderätliche Berichterstattung zu vorliegendem Vorstoss bereits in schriftlicher Form erfolgt.

Beim Sekretariat des Stadtrates sei ein Antrag zur vorliegenden Motion eingegangen. Dem Antragsverfasser werde das Wort zur Erklärung erteilt.

Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Sich zu einem Prüfbericht einer Motion zu äussern, sei eher ungewöhnlich. Der vorliegende Prüfbericht sei aber in einer dermassen schwachen Weise verfasst, wie sie ihm in den letzten 13 Jahren noch nie unter die Augen gekommen sei.

Bei genauer Betrachtung und nach mehrmaligem Lesen der Aussagen, lasse sich feststellen, dass darin eigentlich nichts stehe, was nicht vorher schon bekannt gewesen sei. Am Anfang des Berichts sei die Motion auf anderthalb Seiten dargestellt. Dann folge Text zum Spielplatzkonzept. Daran anschliessend finde sich Text zur revidierten Baugesetzgebung – wobei unklar sei, was dieser Textblock mit der Motion zu tun haben soll. An diesen Textblock schliesse ein Textblock an, der wiederum auf das Spielplatzkonzept hinweise – welches hoffentlich allgemein bekannt sein sollte – bevor dann Ausführungen zum Tierpark folgen, in denen lediglich und vielleicht in der im Untertitel dargestellten "Grobkostenschätzung" ein neues Informationselement gesehen werden könne. Insbesondere eine zeitliche Angabe, wann endlich mit der Neugestaltung des Kinderspielplatzes Tierpark – zu welchem der Stadtrat einen klaren Willen bereits ausgesprochen habe – zu rechnen sei, fehle. Bei Betrachtung des Prüfberichts aus einer gewissen Distanz sei zudem spürbar, dass von Seiten des Gemeinderats bzw. der Verfassenden, kaum eine grosse Begeisterung vorhanden sei, in Bezug auf die Neugestaltung des Kinderspielplatzes Tierpark endlich vorwärts machen zu wollen.

Da er den Prüfbericht für ungenügend und schwach halte, habe er sich entschieden, einen Rückweisungsantrag mit der Auflage, einen zeitlichen Horizont angeben zu müssen, zu stellen. →

Obwohl allen klar sei, dass der Kinderspielplatz natürlich und logischerweise nicht vor der Altlastensanierung neugestaltet werden soll, verlange er vom Gemeinderat ein Commitment, in welchem Zeitrahmen endlich mit der Neugestaltung des Kinderspielplatzes gerechnet werden könne.

Rückweisungsantrag – Daniel Steiner-Brütsch (EVP)

Der Bericht des Gemeinderates zur Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2017: Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark (am 11. September 2017 [Teil B Neugestaltung Kinderspielpark Tierpark] als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt) wird mit der folgenden Auflage zurückgewiesen:

Der Gemeinderat legt bis 31. Oktober 2018 einen überarbeiteten Bericht mit der vorgesehenen Ablauf- und Terminplanung zur Neugestaltung des Kinderspielplatzes Tierpark vor.

Dem Umstand, dass sich bezüglich der Altlastensanierung aufgrund von Kantonsmitteln neue Optionen ergeben, sei bei der Angabe des Zeitrahmens ebenfalls Rechnung zu tragen.



Stadratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Das Vorgehen, den Prüfbericht des Gemeinderates mittels Antrag zurückzuweisen, sei von der Stadtratssekretärin juristisch geprüft worden. Die getroffenen Abklärungen hätten ergeben, dass das Vorgehen zwar ungewohnt, aber nicht illegal sei, womit der gestellte Rückweisungsantrag nun zur Beratung freigegeben werde.

SP/GL-Fraktion, Beatrice Greber (SP): Von der SP/GL-Fraktion werde der Rückweisungsantrag nicht unterstützt, weil damit dem Gemeinderat ein unnötiger Aufwand beschert würde und weil der Gemeinderat bis im Oktober kaum neue und verbindliche Angaben machen können.

Dass der Spielplatz beim Tierpark eine sehr grosse Bedeutung habe und weit über die Region hinaus beliebt sei, sei gewiss allen bekannt. Obwohl der Spielplatz unbedingt saniert werden müsse, sei es total sinnlos, eine Projektplanung zur Sanierung des Spielplatzes anzugehen, bevor der belastete Kugelfang saniert worden sei. Die Sanierung des Kugelfangs sei leider ein grober Brocken. Mit etwas Bodenabtragung lasse sich die Sache nicht erledigen, weil es sich beim abzutragenden Material um Sondermüll handle.

Ein Zeit- und Ablaufplan lasse sich noch nicht definitiv erstellen, weil entsprechende Voruntersuchungen und Untersuchungen erst angelaufen seien. Nichtsdestotrotz erwarte aber auch die SP/GL-Fraktion vom Gemeinderat, dass es endlich vorwärts gehe und, dass der Stadtrat sowie die Bevölkerung verbindlich darüber orientiert werden, weshalb die ganze Angelegenheit so lange dauere.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Die SVP-Fraktion sei sich darin einig, dass mit der Kenntnisnahme des Prüfberichts zur vorliegenden Richtlinienmotion jede weitere Debatte eigentlich erledigt wäre, weil gemäss geltender Bestimmung sich eigentlich nichts anderes tun lasse, als zum Ausdruck zu bringen, mit dem gemeinderätlichen Prüfungsbericht nicht einverstanden zu sein. Mit dem vorliegenden Rückweisungsantrag werde die heute geltende Regelung nun aber torpediert.

In diesem Zusammenhang erlaube er sich den Hinweis, dass momentan an der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates gearbeitet werde. Er selber habe im Zuge der Revisionsarbeiten einen Antrag gestellt, wonach Vorstösse nicht generell mittels Prüfbericht abgeschrieben werden sollten. Diese Idee habe aber leider kein Gehör gefunden. In diesem Sinne bitte er, diesen Punkt noch einmal zu überdenken, um künftig im Rat darüber abstimmen zu können, ob eine Berichterstattung zufriedenstellend sei oder nicht. Wenn eine Abstimmung darüber schon heute möglich wäre, würde heute kein Rückweisungsantrag vorliegen.

Die SVP-Fraktion könne dem Rückweisungsantrag aufgrund der heute geltenden Bestimmungen nicht zustimmen.

Pascal Dietrich (FDP): Natürlich sehe er sich veranlasst, "ins gleiche Horn zu blasen", wie Stadtrat Janosch Fankhauser. Das Problem des vorliegenden Rückweisungsantrags sei auf den geltenden Abschreibeautomatismus zurückzuführen, welcher im Rahmen einer Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates leider gegen seinen Willen, in die Geschäftsordnung des Stadtrates aufgenommen worden sei. Damals sei seiner Ansicht nach das Falscheste gemacht worden, was damals möglich gewesen sei, was sich mit dem heute vorliegenden Rückweisungsantrag ja auch belegen lasse. Aus diesem Grund rufe auch er – wie schon Stadtrat Janosch Fankhauser – dazu auf, im Rahmen der anstehenden Behandlung der Geschäftsordnung des Stadtrates durch den Stadtrat daran zu denken, weil es schlicht jede Motionärin und jeden Motionär treffen könne, einen Prüfbericht zu erhalten, der für nicht ausreichend befunden werde.

Die Idee von Stadtrat von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch, mit einem Rückweisungsantrag auf den ungenügenden Prüfbericht zu reagieren, finde er persönlich clever. Anstatt selber auf die Idee zu kommen, habe er sich bisher jedesmal geärgert, wenn ein Vorstoss automatisch abgeschrieben worden sei. Da er diese clevere Idee unterstütze, unterstütze er auch den Rückweisungsantrag, obwohl es wichtig wäre nicht auf diesem Weg zum Ziel zu gelangen, sondern, dass es dem Stadtrat möglich sein sollte, entscheiden zu können, ob die Berichterstattung für eine Abschreibung des Vorstosses ausreichend sei oder nicht.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung am Montag, 14. Mai 2018

Auch auf nationaler Ebene seien verschiedene Fragestellungen zum Automatismus behandelt worden. Da auch auf dieser Ebene entsprechende Automatismen für nicht gut befunden worden seien, wie dies auf Gemeindeebene auch der Fall sei, gelte es diese dringend aus der Geschäftsordnung des Stadtrates zu streichen. An diesen Punkt gelte es zu denken, wenn der Stadtrat über die Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates zu beraten habe. Beim letzten Mal sei die damalige FDP/jll/BDP-Fraktion mit dieser Idee leider noch alleine geblieben, weil alle "S-Parteien" den Automatismus gewollt haben.

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Im Sinne einer Klammerbemerkung weise er darauf hin, dass sich das Stadtratsbüro in erweiterter Besetzung am kommenden Mittwoch einmal mehr mit der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates befassen werde.

Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Um wieder auf den Rückweisungsantrag zurückzukommen und nicht auf die Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates auszuschweifen, über die ohnehin zu einem anderen Zeitpunkt zu entscheiden sein werde, stelle er mit Bedauern fest, dass er die Haltung der SP/GL/parteilosen-Fraktion nicht ganz nachvollziehen könne. Einerseits werde vom Gemeinderat verlangt, verbindliche Informationen zu liefern und bei der Neugestaltung des Kinderspielplatzes endlich – aber selbstverständlich erst nach der Altlastensanierung – vorwärts zu machen, ohne sich aber andererseits darauf einlassen zu wollen und den Rückweisungsantrag zu unterstützen, womit sich im Rahmen eines Projektes etwas Selbstverständliches tun lasse, nämlich zu klären, wie der Ablauf des Projektes und damit dessen Meilensteine und Termine aussehen.

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) Rückweisungsantrag – Daniel Steiner-Brütsch (EVP)

stellt zu Händen des Protokolls keine weiteren Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch (EVP) fest und bittet um Abgabe der Stimme:

Der Bericht des Gemeinderates zur Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2017: Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark (am 11. September 2017 [Teil B Neugestaltung Kinderspielpark Tierpark] als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt) wird mit der folgenden Auflage zurückgewiesen:

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 23 (abgelehnt)

Enthaltungen: 6

Der Gemeinderat legt bis 31. Oktober 2018 einen überarbeiteten Bericht mit der vorgesehenen Ablauf- und Terminplanung zur Neugestaltung des Kinderspielplatzes Tierpark vor.

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) stellt zu Händen des Protokolls nach erteilter Freigabe der Beratung zu Händen des Protokolls fest, dass in Bezug auf die schriftliche Berichterstattung des Gemeinderates keine Wortmeldungen vorliegen und erklärt das Geschäft damit für geschlossen.

III Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 34a Abs. 2 und Art. 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981, nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zur Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2017: Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark (am 11. September 2017 [Teil B Neugestaltung Kinderspielpark Tierpark] als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt).**

Gemäss Art. 34a Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates wird die Motion mit Richtliniencharakter damit als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung am Montag, 14. Mai 2018

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Gebundene Ausgabe für den bewilligten Verpflichtungskredit von Fr. 179'000.00 zur Durchführung der periodischen Schutzraumkontrolle

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Dem Anzeiger vom 3. Mai 2018 könne entnommen werden, dass der Gemeinderat über die Durchführung der periodischen Schutzraumkontrolle entschieden habe. Der Entscheid sei nicht ganz freiwillig, sondern aufgrund einer kantonalen Vorgabe gefasst worden. Da der Gemeinderat lediglich habe entscheiden können, wem der Auftrag erteilt werden soll und nicht, ob die periodische Kontrolle durchgeführt werden soll, handle es sich um eine gebundene Ausgabe. Die Ausgabe betrage rund Fr. 180'000.00 und werde schlussendlich vom Kanton nach durchgeführter Kontrolle zurückerstattet. Die Arbeit werde im Jahre 2019 in der ganzen Zivilschutzregion Langenthal, welche insgesamt 18 Gemeinden umfasse, von der gleichen Firma durchgeführt.

■ Gebundene Ausgabe von bewilligten jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 169'000.00 sowie den als neue Ausgabe bewilligten Nachkredit von Fr. 34'500 für den zukünftigen Betrieb eines zusätzlichen Standortes der Tagesschulangebote in den Räumlichkeiten des Schulzentrums Elzmatte

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Wie an der letzten Stadtratssitzung am 26. März 2018 (Traktandum Nr. 6) angekündigt, informiere er am heutigen Abend nochmals über das Thema Tagesschule:

Gemäss kantonalen Volksschulgesetzgebung sei Langenthal verpflichtet, bei genügender Nachfrage (verbindliche Nachfrage von mindestens 10 Schülerinnen und Schülern) ein Tagesschulangebot zu führen. Da die drei bisherigen Standorte infolge der stetig anwachsenden Anzahl zu betreuender Kinder und der erwarteten Entwicklung an ihre Kapazitätsgrenzen stossen, habe der Gemeinderat anlässlich seiner Sitzung am 14. Februar 2018 ein zusätzliches Tagesschulangebot in den Räumlichkeiten des Schulzentrums Elzmatte ab 13. August 2018 beschlossen. Im Zusammenhang mit der Eröffnung und dem zukünftigen Betrieb dieses zusätzlichen Standortes habe der Gemeinderat die folgenden erforderlichen Finanzierungsbeschlüsse gefasst:

1. Anteilmässige (August – Dezember) für das Jahr 2018 anfallende Aufwendungen für den Betrieb am zusätzlichen Standort des Tagesschulangebotes in den Räumlichkeiten des Schulzentrums Elzmatte in der Höhe von Fr. 69'650.00 (als Nachkredit zu Lasten der Erfolgsrechnung)
2. Einmalige Aufwendungen im Jahr 2018 für die Eröffnung des zusätzlichen Standortes in den Räumlichkeiten des Schulzentrums Elzmatte in der Höhe von Fr. 34'500.00 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018
3. Für den Betrieb des zusätzlichen Standortes in den Räumlichkeiten des Schulzentrums Elzmatte, erstmals ab dem Jahr 2019 vollumfänglich anfallende, jährlich wiederkehrende Kosten, in der Höhe von brutto Fr. 169'800.00.

Die Beschlussfassung der Ziffern 1 + 3 (gebundene Ausgabe), sei gestützt auf Art. 7 Abs. 2 Ziff. 2 sowie auf Art. 71 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung, erfolgt. Die Beschlussfassung der Ziffer 2 sei aufgrund der Betragshöhe in der Kompetenz des Gemeinderates erfolgt.

Die vom Gemeinderat am 14. Februar 2018 beschlossene gebundene Ausgabe sei – gemäss Art. 101 Abs. 3 der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 und Art. 7 Abs. 3 der Stadtverfassung – im Anzeiger vom 9. Mai 2018 publiziert worden.



■ Einsetzung einer Begleitgruppe für die Bearbeitung von Nutzungsvisionen im "Areal Alte Mühle Langenthal"

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Namens des Gemeinderats orientiere er über Neuigkeiten zur Alten Mühle respektive über die Entwicklung des Mühleareals.

Der Gemeinderat habe letzten Mittwoch der Abwicklung zur Erarbeitung einer Nutzungsvision und somit der nächsten Entwicklungsetappe für das Mählereal zugestimmt. Die bisherige jüngere Geschichte der Entwicklung oder eben auch das Scheitern bezüglich der Installation einer Zwischennutzung in den Räumen, sei ja verdankenswerterweise der Berichterstattung des BZLangenthalerTagblatts unter dem Titel: "Wie beim Leiterlispel" zu entnehmen gewesen. Es gelte nun vorwärts zu schauen und zuversichtlich zu sein, mit dem jetzt gewählten Vorgehen auch effektiv und nachhaltig zum Ziel zu kommen. Der Gemeinderat habe 5 Grundsätze bestimmt und die Projektorganisation und Projektziele genehmigt.

An einer politischen Klausur am Samstag, 16. Juni 2018 sollen folgende Projektziele erreicht werden:

- Prüfen und Vertiefen von vier vorgeschlagenen, einzelnen Nutzungsvisionen mittels eines qualifizierten Verfahrens.
- Klärung von zusätzlichen Rahmenbedingungen oder weiteren Ideen für andere Visionen.
- Klärung der Einbindung von Partnerinnen und Partner in den Prozess.
- Bestimmen einer Nutzungsvision zur weiteren Bearbeitung.

Um diese Ziele zu erreichen, habe der Gemeinderat die Bildung einer Begleitgruppe beschlossen. Diese bestehe aus sämtlichen Mitgliedern des Stiftungsrats Alte Mühle und des Gemeinderats Langenthal, den Amtsvorstehenden sowie aus insgesamt acht Mitgliedern des Stadtrates der im Stadtrat vertretenen Fraktionen (2 Mitglieder pro Stadtratsfraktion). Die Begleitgruppe werde selbstverständlich von externen Fachpersonen wie auch von entsprechenden Mitarbeitenden der Stadtverwaltung begleitet. Die Begleitgruppe werde sich an diesem einen und einzigen Tag und einzig für die Bestimmung der besten, realistischsten und zukunftssträchtesten Vision für die weitere Entwicklung treffen.

Die Klausur an besagtem Samstag, 16. Juni, zwischen 9.00 und 17.00 Uhr finde – der Gartenoper wegen – im Stadttheater Langenthal statt, so dass sich als Folge davon, auch gleich die neuen Seminarräumlichkeiten des Stadttheater testen lassen. Für die Mittagsverpflegung werde gesorgt sein.

Den Fraktionspräsidenten werde alsbald ein Schreiben des Gemeinderats mit der Bitte zugestellt, Stadratsmitglieder aus den Fraktionen für diesen Tag zu melden. Der Gemeinderat hoffe, dass sich möglichst viele dafür interessieren. Der Gemeinderat wolle die Chancen nutzen und hoffe auf ein konstruktives Mitwirken. Um die Spannung noch etwas hoch zu halten, werde inhaltlich nicht noch mehr dazu verraten. Tatsache aber sei, dass der Gemeinderat Visionen habe, was doch alleine schon mal interessieren sollte.

Der Gemeinderat danke den Mitgliedern des Stadtrates, die sich vorstellen können, die Arbeiten zu begleiten und sich den Samstag, 16. Juni 2018 dafür freihalten. Der Gemeinderat danke den Fraktionen und den Mitgliedern des Stadtrates bereits an dieser Stelle für ihr Mitwirken.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6 A. Eingereichte Motion Niklaus-Lanz Renate (glp) und Mitunterzeichnende vom 14. Mai 2018: Ein Hallenbad für die Bevölkerung

Motionstext:

"Ein Hallenbad für die Bevölkerung"

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Bau eines Hallenbades in die Projektplanung der neuen Eissportarena im Gebiet Hard (Weststrasse) aufzunehmen.

Begründung: In den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2017–2020 des Gemeinderates findet man als Ziele u.a. die «bedarfsgerechte Optimierung der Infrastrukturen für Sport, Freizeit und Kultur» (Seite 13) und die «Umsetzung des energiepolitischen Programmes im Rahmen von Energiestadt» (Seite 30).

Der Bau eines Hallenbades im Rahmen der Realisierung der neuen Eissportarena im Gebiet Hard (Weststrasse) bietet sich zur Umsetzung der genannten Ziele geradezu an. Verschiedene Studien belegen einerseits, dass die Wärmerückgewinnung bei solchen Projekten optimal ist. Langenthal als Energiestadt sollte diese Gelegenheit beim Bau eines Hallenbades nutzen.

Andererseits sind die Wasserflächen für Kurse und Training im Oberaargau während mindestens neun Monaten im Jahr überbucht. Auch wenn jetzt in Herzogenbuchsee mit der Aquarena ein Freizeitbad entsteht, ist der Bedarf noch lange nicht gedeckt. Besonders für das Trainings- und Kurswesen fehlen geeignete Wasserflächen. Vom Säugling bis ins hohe Alter, vom Sportler bis zu Menschen mit Einschränkungen – für jedermann ist die Bewegung im Wasser geeignet und wird auch genutzt. Bewegen im Wasser ist aber auch im Lehrplan 21 verankert (Fachbereich «Bewegung und Sport», strukturelle und inhaltliche Hinweise): «Die Schülerinnen und Schüler können Situationen im, am und auf dem Wasser bezüglich Sicherheit einschätzen und sich adäquat verhalten. Im Zentrum steht dabei das sichere Schwimmen. Neben dem Erlernen der Schwimmtechniken erwerben sie ausgewählte Kompetenzen in weiteren Schwimmsportbereichen wie Wasserspringen, Tauchen oder Rettungsschwimmen.» Die Umsetzung der Lehrplanziele ist in Langenthal ohne Hallenbad kaum möglich.

Ein Hallenbad in Langenthal soll vorwiegend den Schulen, Organisationen und Vereinen als Trainingsbad, aber auch Menschen, welche sich aktiv im Wasser bewegen wollen, dienen. Es soll bewusst keine weitere Wellness- oder Freizeitoase entstehen, sondern eine funktionale und bedarfsgerechte Einrichtung für die gesamte Bevölkerung."

Renate Niklaus-Lanz und Mitunterzeichnende

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



6 B. Eingereichte Interpellation Marti Bernhard (SP) vom 14. Mai 2018: Kommunikation (mit) der Stadt Langenthal

Interpellationstext:

"Kommunikation (mit) der Stadt Langenthal

Die Stadt Langenthal bietet auf ihrer Homepage ihren Bürgerinnen und Bürgern resp. der ganzen Welt in fast allen Bereichen die Kontaktaufnahme via «Kontaktformular» an.

- 1. Wie oft wurde diese Art der Kontaktaufnahme in den vergangenen zwei Jahren genutzt?*
- 2. Falls im Kontaktformular um Rückmeldung ersucht wurde: Wie lange dauerte es, bis die zuständige Stelle eine erste Rückmeldung gegeben hat?*
- 3. Hat die Stadt Langenthal den in der Privatwirtschaft verbreiteten Anspruch, spätestens innert zwei Arbeitstagen auf Anfragen (via Kontaktformular) zu antworten?*

Begründung: Die obgenannten Fragen drängen sich auf, da alle Versuche der Kontaktaufnahme via Kontaktformular (bei unterschiedlichen Ämtern) ins Leere gelaufen sind. Mit Blick auf diese Erfahrungen wurde darauf verzichtet, diese Anregung via (Feedback-)Formular der Homepage der Stadt Langenthal einzubringen."

Bernhard Marti

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 38 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung am Montag, 14. Mai 2018

7. In eigener Sache

Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Die nächste Stadtratssitzung finde am **Montag, 25. Juni 2018 – aufgrund der Gartenoper – im Schulhaus Kreuzfeld 3** statt.

Stadträtin Ruth Trachsel (EVP) habe ihren Rücktritt aus dem Stadtrat per Ende Juni 2018 bekannt gegeben, so dass die nächste Stadtratssitzung die letzte Sitzung sei, an der Stadträtin Ruth Trachsel teilnehmen werde. Die Würdigung der Arbeit von Ruth Trachsel werde damit am 25. Juni 2018 erfolgen.

Mit dem Dank für das allgemein eingebrachte Engagement am heutigen Abend, erkläre er die heutige Sitzung um 20.05 Uhr für geschlossen.



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal